

# Bräuereiarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in der Getränke-Industrie  
Publikationsorgan des Zentralverbandes deutscher Bräuereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Bezugspreis vierteljährlich 2,10 Mk., unter Kreuzband 2,70 Mk.  
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Lichtenberg-Berlin  
Redaktion und Expedition: Berlin D. 27, Schillerstraße 6  
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Inserationspreis:  
die sechsgespaltene Kolonelle 40 Pfg., für Mitglieder 30 Pfg.  
Schluß für Inserate: Montag Mittag 12 Uhr.

## Sonntag, den 10. April: Wahl der Delegierten zum Verbandstag!

### Allgemeiner Gewerkschaftskongreß.

Vorausichtlich am 25. und 26. April findet ein allgemeiner Gewerkschaftskongreß statt zwecks Stellungnahme zur Reichsversicherungsordnung. Ueber das Weitere sowie auch über die Entsendung der Delegierten seitens unseres Verbandes zu diesem Kongreß wird den Bezirksstellenvorständen baldigst näheres mitgeteilt.  
Der Verbandsvorstand.

### Wie unsere Steuern aufgebracht und vertan werden.

XV.

#### Kaffee, Tee und Petroleum.

Wie Bier, Branntwein und Wein, vor allem aber der Tabak in erster Linie Genussmittel der Männerwelt sind, so kann man bei Kaffee und Tee, auch bei Kakao und Schokolade auf einen stärkeren Konsum der Frauen und Kinder rechnen. Am gleichmäßigsten ist wohl noch der Kaffeeverbrauch auf beide Geschlechter verteilt, weil der Kaffee schon seit langer Zeit in Deutschland die früher gebräuchlichen Frühstücke aus Brot- und Wicjsuppen beinahe vollständig verdrängt hat.

Erst gegen Ende des sechzehnten Jahrhunderts wurde der Kaffee von seiner Heimat Abyssinien und Arabien aus in größeren Mengen nach Europa gebracht und über die oberitalienischen Städte nach den nördlichen Ländern eingeführt. Aber seine Verbreitung stieß bald auf den scharfen Widerstand der Staatsgewalt. Unter dem Einfluß der sogenannten merkantilistischen Lehren, wonach derjenige Staat der reichste ist, der das meiste Bargeld in sein Gebiet zu leiten und in seinen Grenzen festzuhalten vermag, wüteten die Polizeibehörden gegen die Kaffeeimporteure, die beim Einfuhr der landfremden Ware natürlich das Geld in das Ausland geben mußten. Der Kaffeegenuß war damals in den Augen der „Gefinnungswütigen“ ein Verbrechen, und heute kann die Polizei gegen die Verfechter der preußischen Wahlrechtsreform nicht größer und rücksichtsloser vorgehen, als vor ein paar Jahrhunderten gegen die Freunde einer „Schale Schwarzen“. Es ist eins der interessantesten Kapitel aus neuerer Kulturgeschichte, wie das Volk sich das Recht zum Genuß des braunen Trankes von der hohen, gottgewollten Obrigkeit erobern mußte und auch tatsächlich allem Widerstand zum Trotz und zum Spott schließlich eroberte. Als die Kaiser der Staaten endlich eingesehen hatten, daß alle ihre Polizeikräfte vergeblich da verhielten sie sofort darauf, die Leidenhaftigkeit des Volkes wenigstens für ihre Kassen nutzbar zu machen, indem sie die Einfuhr der Kaffeebohnen mit einem Zoll belagerten. Friedrich der Große von Preußen ging sogar in der fiskalischen Ausnutzung des Kaffeegenusses noch viel weiter und ließ Staatskaffeebrennereien eröffnen, wo man den Kaffee sechsmal teurer bezahlen mußte, als vorher beim Kaufmann; er machte den Kaffeehandel zum Staatsmonopol, natürlich nicht ohne die landesüblichen Vorrechte für Adel, Geistlichkeit und hohe Beamte dabei einzuführen, die sogenannte Brennsehne erhielten, d. h. die Erlaubnis, sich den Kaffee selbst zu brennen.

Im letzten deutschen Zolltarif von 1902 wurde der Kaffe Zoll nicht erhöht, sondern blieb auf 40 Mk. für den Doppelzentner stehen, ein Entgegenkommen der Regierung an die Agrarier, die den Kaffeegenuß zu fördern suchten, um möglichst viel Zucker abzusetzen. Dem schwarzblauen Volk blieb es vorbehalten, hier eine Aenderung zu treffen. Er beschloß, den Zoll auf rohen Kaffee von 40 auf 60 Mk., den für gebrannten Kaffee von 60 auf 85 Mk. pro Doppelzentner hinaufzusetzen. Ohne Rücksicht darauf, daß der Kaffee aber wenigstens ein Getränk, dem man diesen Namen beilegt, auch wenn es wenig vom Aroma der tropischen Frucht enthält, zum großen Teil von den Armen der Armen als wichtiger Bestandteil der Nahrung angesehen wird, ohne Rücksicht auch darauf, daß durch eine Erhöhung des Kaffeezolls unsere Handelsbeziehungen zu fremden und für unsere Ausfuhr wichtigen Ländern gestört werden, ging er vor. Aber die eiligen Steuerfreunde, die an einem einzigen Tage so zwischen Kaffee und Mittagbrot damals ein halbes Duzend neuer Steuern fabrizierten, hatten bei ihrer Schluderdarbeit eins übersehen, nämlich, daß der ganze Kaffeehandel durch die plötzliche Erhöhung des Zolls ins Wasser gebracht werden konnte. Sehr viele Kaffeimporteure hatten langfristige Lieferungsverträge, z. B. mit Militärbehörden, zur Versorgung im Kriegsfall, mit Krankenhäusern usw., abgeschlossen, deren Preisberechnung natürlich der bestehende und vor. Willkürlichkeiten anscheinend festgesetzte Zoll zugrunde gelegt worden war. Was sollten diese Leute nun machen? Sollten sie den Zoll aus ihrer eigenen Tasche decken? Oder sollten sie es auf lange und im Ausgange sehr unsichere Prozesse ankommen lassen? Um diese Schwierigkeiten aus dem Wege zu schaffen, wurde in das Gesetz eine eigenartige und ganz einzig dastehende Bestimmung aufgenommen, nämlich, daß bei vor dem 1. Juni 1909 im Inland geschlossenen Lieferungsverträgen über vorkaufenen Kaffee (und Tee) der Verkäufer berechtigt sein soll, von dem Empfänger Ersatz des höheren Zollsatzes für nach dem Inkrafttreten der Zollserhöhung gelieferte Ware zu beanspruchen. So sicherte man in diesem Falle die „Steuerüberwälzung“. Am 1. August 1909 wurde denn auch in ganz Deutschland der Preis des Pfundes Kaffee um 10 Pf. und noch

mehr in die Höhe gesetzt, eine Preisverteuerung, die mancher Hausfrau bittere Sorgen bereiten muß.

Die Erhöhung des Teezolls war noch ungeheurer; hier ging man gleich von 25 Mk. pro Doppelzentner auf 100 Mk. und „rechtfertigte“ diese Maßnahme damit, daß man sagte, die Erhöhung bedeute nicht mehr als die Wiederherstellung des bis zum Jahre 1902 in Gültigkeit gewesenen Zustandes. Damals wurde nämlich wie der Kaffe Zoll so auch der Tee Zoll zwecks Hebung des Zuckerverbrauchs von 100 auf 25 Mk. herabgesetzt. Die Antragsteller erklärten aber 1909, „diese Maßnahme sei ohne wesentlichen Einfluß geblieben, könne also wieder rückgängig gemacht werden“. Hat man eine unverfälschte Herborkehrung des agrarischen Interessenstandpunktes schon einmal gehört? Weil sich das Volk für die sieben Jahre vorher beschlossene Ermäßigung des Teezolls nicht dadurch den Agrariern dankbar gezeigt hatte, daß es mehr Zucker in die Schilde tat, muß es nun bestraft werden! Mit anderen Worten: die Schicksale der großen Masse des Volkes sind völlig gleichgültig, es kommt einzig und allein darauf an, was den Agrariern, den Herren, dienlich oder abträglich ist.

Kaffe Zoll und Tee Zoll sind sogenannte Finanzzölle, das heißt Zölle, die nicht die Aufgabe haben, eine inländische Produktion zu schützen, sondern nur die, der Staatskasse Geld einzubringen. In dieser Beziehung stehen sie dem Zoll auf Petroleum gleich, dem wir uns jetzt zuwenden müssen.

Wie man den Stand der Kultur eines Volkes an dem Verbrauch von Seife bemessen zu können glaubt, so gibt wohl auch der Verbrauch von künstlichem Licht einen solchen Maßstab ab. Er macht den Menschen unabhängig von der Tageszeit, in gemäßigter Ausdehnung der täglichen Arbeitsstunden wie auch eine weitestgreifende Ausgestaltung der gesellschaftlichen Beziehungen und des Verkehrs. Besonders in den städtischen Siedelungen kann man direkt von einem Nachtleben sprechen, das um so intensiver ist, um so mehr Menschen in seinen Bann zieht, je größer die Stadt ist. Die Technik des Beleuchtungswezens hat in den letzten 100 Jahren erstaunliche Fortschritte gemacht und die Lebensführung eines großen, ja des größten Teils der Kulturmenschen völlig revolutionisiert. Welch ein Weg vom einfachen Kienspan, bei dessen schwachem Lichte noch unsere Urväter und Großväter saßen, und dem elektrischen Bogenlicht oder der Metallfadenslampe, mit deren Hilfe wir jetzt die Nacht zum Tage wandeln können! Die beste, ungefährlichste und auch gesundheitlich einwandfreie Beleuchtung ist indessen heute noch durchaus ein Luxus, den sich in der Regel nur die Wohlhabenden gestatten können. Der größte Teil der Bevölkerung muß sich noch immer ohne zentrale Lichtversorgung behelfen und ist auf das Licht von Petroleum- oder ähnlichen Lampen angewiesen. Da das Petroleum in unserem Lande nur in kleinen Mengen vorkommt und jedenfalls bis zum heutigen Tage nur in kleinen Mengen gewonnen wird, so muß — es ist immer die alte Geschichte — die Ware beim Eintritt in das Land einen Zoll entrichten. Nordamerika allein liefert jährlich für mehr als 60 Millionen Mk. Petroleum nach Deutschland; dazu kommen gewaltige Einfuhrmengen aus Galizien und Rußland; und an der Grenze wird jedes Liter Petroleum zugunsten der Reichskasse mit 6 Pf. Zoll belastet.

Daß diese vorzugsweise der ärmeren Bevölkerung aufzubringende Lichtsteuer eine ungerechte Steuer ist, erkannte die Regierung im Jahre 1908 selbst dadurch an, daß sie die von ihr vorgeschlagene Besteuerung des Leuchtöls und der Elektrizität mit der Notwendigkeit zu begründen suchte, man müsse für die relativ stärkere Belastung der Minderwohlhabenden einen Ausgleich bei den Reichen schaffen. Mit Recht lehnte aber die Sozialdemokratie dieses Danaergeschenk ab; die Lage der Minderbemittelten wäre durch eine Besteuerung der zentralen Lichtversorgung nicht besser geworden, wohl aber wäre dem technischen Fortschritt und der Verbreitung besserer Beleuchtungsarten auch in den Kreisen der Wenigbemittelten ein Riegel vorgeschoben worden.

### Wieder ein „christlicher“ Betrug.

Zu etwas anderer Aufmachung als wie in Freiburg i. Br. haben nun auch die Bräuereiarbeiter in Danzig die „Taktik“ der „christlichen“ Arbeiterführer am eigenen Leibe zu spüren bekommen. Um die Sache richtig zu würdigen, müssen wir schon an Vorgänge vom vorigen Jahr erinnern.

In der Nr. 27 vom Jahre 1909 stimmte die „Gewerkschaftsstimme“, das Organ der „christlichen“ Allverweltlichungsorganisation, ein Triumphgeheul an über den Zerpfütterungserfolg der „Christen“ unter den Danziger Bräuereiarbeitern. Freiwillich sollten die jetzt so schmählich betroffenen Bräuereiarbeiter in das „christliche“ Lager gekommen sein und schließlich um Hilfe gegen den „roten“ Bräuereiarbeiterverband gebeten haben. Tatsächlich hatten die „Christen“ mit dem elendesten Schwindel operiert und nebenbei den Bräuereiarbeitern goldene Berge versprochen. So fanden sich Gläubige unter ihnen und das Zerpfütterungswort gelang. In einer christlichen Bräuereiarbeiterversammlung hörte man den christlichen Bezirksleiter Krause pathetisch ausrufen:

„Kollegen, glaubt mir, ich werde Euch führen und Euch zeigen, daß ich die Interessen der Bräuereiarbeiter vertreten kann, besser als wie jene vom roten Verband. Wir sind wahre Christen und als solche wollen wir unsere Lage verbessern. Darum tretet ein in die christliche Organisation!“ Die Probe aufs Exempel hat Herr Krause jetzt gemacht; von seiner Interessenvertretung können die Danziger Bräuereiarbeiter ein Lied singen. Die Verbesserungen für die Bräuerei-

arbeiter, die durch die „christliche“ Organisation geschaffen werden sollten, lassen noch heute auf sich warten, und der Streik, den die christliche Organisation jetzt den Bräuereiarbeitern gespielt hat, verschleibt diese Verbesserungen auf den St.immerleinstag. Die Danziger Bräuereiarbeiter zeigten zwar den Mut und hatten den festen Willen, sich bessere Verhältnisse zu erkämpfen, aber im richtigen Moment hat die christliche Organisation allein dem Unternehmertum gegenüberstand und sich der freien Gewerkschaft nicht an die Rockschöße hängen konnte. Erfolgreich hat die christliche Organisation bisher nur in Arbeiterverrat zu verzeihen.

Am 18. März morgens stellten über 100 Bräuereiarbeiter der Danziger Aktienbrauerei die Arbeit ein und verliefen geschlossen den Betrieb. Diese Einigkeit der gedrückten Arbeiter ist anerkennenswert, aber von der „christlichen“ Organisation wurden sie schmählich im Stich gelassen. Die christliche Streikleitung machte auch nicht den geringsten Versuch zur Verteidigung und um die Sache der Arbeiter zum günstigen Ende zu führen; sie traf keinerlei Maßnahmen, die bei dem Ernst der Situation notwendig waren. Die christlichen Arbeiterführer zeigten sich wieder einmal in ihrer ganzen Unfähigkeit als Laffier und zur Beurteilung der Verhältnisse in Bräuereibetrieben, und die schmähliche Niederlage, die sie den Danziger Bräuereiarbeitern bereitet haben, ist geradezu unerträglich. Das Verhalten der christlichen Führer erweckt sogar den Anschein, als habe man mit Überlegung den Meinsfall bewerkstelligt. Nicht einmal das christliche Zentrumorgan hat sich für die christlichen Bräuereiarbeiter angenommen und hat bis heute alles totgeschwiegen. In Freiburg i. Br., wo es gegen den und die Rechte der Bräuereiarbeiter kämpfenden Bräuereiarbeiterverband zu hehen und den christlichen Verrat zu beschönigen galt, war die Zentrumspresse zuerst zur Stelle und hat am rüdesten geschimpft. Aber hier in Danzig hätte das Zentrumorgan ja schließlich gegen die Unrechtmäßigkeit Stellung nehmen müssen, weil es gegen eine freie Organisation nichts zu schimpfen gab, und hier verfiel es merklich auf die Seite.

Am ersten Streiktag sollen diese christlichen Führer schon ein eigentümliches Auftreten an den Tag gelegt haben. Kein Wunder, wenn ein Teil der Streikenden dann den Mut verlor. Am zweiten Tage vormittags wurde plötzlich der Streik für beendet erklärt. Die Kollegen wurden aufgefordert, zur Arbeit zurückzugehen; wer nicht angenommen wurde, blieb seinem Schicksal überlassen.

So endete diese christliche Geldentat, bei der die Kollegen einen beauerlichen Meinsfall erlitten. Vor aller Welt ist wieder einmal die Unfähigkeit der christlichen Phrasendrescher bewiesen und auch den Geuchlern die Maske vom Gesicht gerissen. Den Bräuereiarbeitern dürfte dabei aber klar geworden sein, daß sie von den Christenführern nur belogen und betrogen wurden. Ein Teil der Kollegen hat dies bereits eingesehen, denn sie sagen: „Der Krause hat uns bemogelt.“

Der verwerfliche und gemeine Akt ist aber, wenn es sich bewachheitet, was ein freikühler Vertrauensmann ausgesagt hat, daß der christliche Bezirksleiter Krause die lebigen Streikenden auffordern ließ, nach Freiburg i. Br. zu fahren. Dort liegen unsere Kollegen durch den christlich-gelben Verrat auf der Straße, kämpfen für ihr Recht und um Verbesserung ihrer Lage. Die christliche Niedertracht scheint aber keine Grenzen zu kennen.

Wie es nun auch sein mag, die Geschäler im christlichen Lager haben sich in ihrer wahren Gestalt gezeigt. Große Worte und nichts dahinter. Erst große Sprüche machen und dann die Kollegen im Ernstfall sitzen lassen. Wenn der christliche Hilfs- und Transportarbeiterverband sich an den Bräuereiarbeiterverband anklammern kann, dann prahlt er mit dessen Erfolgen; auch dann tut er es, wenn er sich während einer Lohnbewegung bemüht, Verbesserungen für die Arbeiter zu hinterziehen. So in Oberkirch und Lippstadt. Dort hat der Bräuereiarbeiterverband das Treiben der Christen vereitelt. In Freiburg i. Br. ist es den „Christen“ geglied, die Bräuereiarbeiter an die Internethner zu verkaufen. Und hier in Danzig das selbe Spiel. Hier war der „christliche“ Verband allein beteiligt; da konnten die Phrasendrescher zeigen, was sie können. Und nun der schmähliche Zusammenbruch. Verrat der „Christen“ überall und überall sind die Bräuereiarbeiter die Leidtragenden, wenn sie den „Christen“ ins Garn laufen.

An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen! Und die Bräuereiarbeiter werden jetzt hoffentlich von den „Christen“ kuriert sein.

### Ein Bräuerei-Maschinist über die Einheitsorganisation der Bräuereiarbeiter

Die in den Hamburger Bräuereien beschäftigten, über 80 Proz. dem Bräuereiarbeiterverbande angehörenden Maschinisten, Seizer und Handwerker nahmen kürzlich in zwei Versammlungen Stellung zur Organisationsfrage. Sie erklärten sich einstimmig in einer Resolution für eine straffe Einheitsorganisation der Bräuereiarbeiter und gelobten, treu und fest zum Bräuereiarbeiterverband zu halten. Die Ausführungen eines Kollegen, Maschinisten W., in einer dieser Versammlungen, der an den Kartellbeschlüß anknüpfte, tragen wir auf Wunsch nach. Kollege W. sagte:

Nach dem Beschluß der Kartellkommission wären wir also als zur Disziplin und Solidarität erzogene Gewerkschaftler moralisch verpflichtet, uns den Berufsverbänden anzuschließen. Ueber den Beschluß ohne weiteres zur Tagesordnung überzugehen, geht nicht an, es ist dabei zu bedenken, daß derselbe von Gewerkschaften und Gewerkschaftlern, welche unser Vertrauen besitzen, gefaßt ist. — Die Angelegenheit, welche bisher als Grenzstreitigkeit bezeichnet wurde, ist im vorigen Jahre auf dem Gewerkschaftskongreß einigebunden worden. Lokale Instanzen sind nicht kompetent, einen anderen Entschluß zu treffen. Und daß von unserer Seite gegen diese

Resolutionen verstanden worden sei, der Beweis ist nicht erbracht. Der ganze Streit ist deshalb zwar mäßig, aber wir haben keine Ursache, ihm aus dem Wege zu gehen. Da zu erwarten ist, daß man im gegnerischen Lager mit diesem Beschluß in unseren Reihen treiben gehen wird, so ist es unsere Pflicht, unsere Arbeitskollegen darüber aufzuklären, was für eine Bedeutung dieser Beschluß hat und zu welchen Konsequenzen die strikte Befolgung desselben führen würde und führen müßte. Die Resolution, welche der Gewerkschaftsverband beschlossen hat, lautet:

Wenn in einem Betriebe Angehörige verschiedener Berufe beschäftigt sind, dann dürfen die einzelnen Arbeiter nur in diejenige Organisation aufgenommen werden, welche für ihren Beruf besteht. Die Grenzschärfer hätten Recht, wenn 1. der Gewerkschaftsverband nur diesen Satz beschlossen hätte und 2. keine Berufe vorhanden wären, welche in zwei gleichberechtigten Organisationen organisiert wären, z. B. Schmiede, Kupferschmiede, und 8., wenn der Gewerkschaftsverband nicht auch noch folgenden Satz in die Resolution aufgenommen hätte:

„Sind in einem Industriezweig für die gleichen Berufe mehrere Organisationen vorhanden, die der Generalkommission angeschlossen sind, so gelten dieselben in Bezug auf Gewinnung von Mitgliedern und auf die Führung von Bewegungen als gleichberechtigt.“

Dieser Satz hat eben gerade, indem er jedem Recht gibt, die Verwirrung angebracht. Wie das gar nicht anders sein kann, läßt sich da manches hineinlesen und herauslesen, wogegen wir uns wohl nie einig werden.

Als diesem Grunde will ich mich auch nicht auf Wortklaubereien und Haarpfaltereien einlassen. Wir könnten da drei Tage diskutieren, ohne einen Schritt weiter zu kommen. Zu dieser Frage wird zuletzt diejenige Organisation recht behalten, welcher es gelingt, die größten praktischen Erfolge zu erreichen. Bisher war das für die Brauereiarbeiter unstrittig der Brauereiarbeiterverband. Und er wird es wohl auch noch lange bleiben. Gerade die Schmiede liefern ein Beispiel dafür, wie unmöglich es ist, eine solche Frage am grünen Tisch zu regeln. Als Kuriosum sei erwähnt, daß dieselben laut Gewerkschaftsverbandssatzung von drei Organisationen umworben werden dürfen, und zwar vom Metallarbeiterverband, vom Verband der Schmiede Deutschlands und die Schmiede in den Brauereien vom Brauereiarbeiterverband. Bei einer solchen Konkurrenz muß man sich wundern, daß man den Schmieden noch noch als Ehrenmitglieder zu haben sind.

Daß der Gewerkschaftsverband mit seiner Resolution einen derartigen Unfug beabsichtigt hätte, wird man doch nicht annehmen wollen. Gerade die Fassung und Umfassung dieser Resolution sollte zum Ausdruck bringen, daß der Kongreß der Ansicht sei, daß es noch den gegebenen Verhältnissen besser und notwendig sei, bestimmten Arbeitergruppen verschiedener Berufe die Möglichkeit zu geben, sich zusammenzuschließen. Die Resolution beweist uns, daß der Kongreß die Gefahren, welche hierdurch für die reine Berufsorganisation entstehen könnten, geringere bewertet, als die Schädigungen sein würden, welche die Arbeiter ganzer Industriegebiete dadurch haben könnten, wenn ihnen ein Zusammenstoß unmöglich gemacht würde. Wir sehen z. B., daß im Heizungsbau, bei den Elektrikern, Klempnern, ebenso wie die Brauer es getan haben, die Hilfsarbeiter mit in ihre Verbände einbezogen werden. Diese Hilfsarbeiter sind der Meinung, daß ihre Interessen im Fabrikarbeiterverband nicht genügend wahrgenommen werden können, weil eben die Verhältnisse in jedem Falle anders liegen.

Was speziell unser Arbeitsgebiet betrifft, so kommt ein schwerwichtiges Moment hinzu, was für sich allein die Notwendigkeit der Einheitsorganisation darthut. Ich meine die Holzerbeit eines großen Teils der Betriebe, wo für die Handwerker oft keine weiteren Kollegen am Orte sind. Wir hätten es also mit einer großen Anzahl Einzelmitglieder zu tun. Wie die bearbeitet und aufgestellt und bei einer Lohnbewegung vertreten werden sollen, das würde man uns erst einmal plausibel machen. Der Brauereiarbeiterverband würde sie alle mit ins Schlepp nehmen müssen, und solche Kollegen kommen andererseits in die gewiß nicht beneidenswerte Lage, alles hinzunehmen, ohne selbst mit raten und raten zu können. Wacker fühlt sich dabei am wohlsten, aber jedermanns Sache ist es natürlich nicht, und der Sache dienlich ist es ganz und gar nicht.

Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß wir am besten vorwärts kommen, wenn wir in einer Organisation zusammengefaßt sind. Diese Erkenntnis liegt der Gründung des Brauereiarbeiterverbandes zugrunde, und unsere Aufgabe ist erst dann erfüllt, wenn der letzte Mann zu uns gehört. Von einem einheitlichen Selbstzweck gegen das Unternehmertum kann nur dann die Rede sein, wenn wir alle zusammengehören. Nie und nimmer aber, wenn die Vorstände der Maschinen und Geizer, Maurer, Zimmerer, Maler, Kupferschmiede, Schmiede, Metallarbeiter, Sattler, Transportarbeiter, Fabrikarbeiter usw. mitwirken wollen. Ein solcher Gegenstand geht über mein Vorstellungsvermögen. Der eine möchte nicht von der andere wollte. Der Brauereiarbeiterverband hätte als Stützpunkt des Hauptzweckes und zuletzt die Sache zu bezahlen.

Wozu überhaupt der Streit? Kommt es denn den betreffenden Verbänden wirklich auf das Überdauern Mitglieder an? Ich glaube, die Scherebenen würden den Nutzen weit übertreffen. Und solche Mitglieder fühlen sich doch wie verirrte Gänse. Sie führen ein Schattendasein in Bezug auf Beteiligung in der Organisation. Sie kommen mit ihren Arbeitskollegen in Versammlungen nicht zusammen und fühlen sich im Betrieb vereinsamt. Wenn sie Gemeinmenschen sind, begreifen sie still vor sich hin, haben sie aber Temperament, so bildet die verschiedene Verbandszugehörigkeit immer das Objekt, um das getritten wird, und hat solidarisches Zusammenarbeiten wird gegenseitiges Mißtrauen großgezogen. Wacker von Grund aus tüchtige Kollege ist gerade durch diese Zerstückelung nur und zuletzt verüßelt worden und hält sein Bestehenstand nur noch deshalb in Ordnung, um nicht ganz unter die Vorderer zu kommen. Das ist nicht der richtige Geist, welcher durch solche unermesslichen Zustände großgezogen wird. Solch das gewerkschaftliche Leben pulsiert, so muß ein innerer Zusammenhalt unter den Kollegen lebendig erhalten werden, und das kann nur durch die gemeinsamen Verbandsinteressen geschehen. Ich gebe den noch fernstehenden Kollegen zu bedenken, was ich schon einmal hier ausgesprochen habe. Das bestehende Lohn- und Arbeitsverhältnis ist durch den Brauereiarbeiterverband geschaffen und wird von ihm aufrechterhalten und auch nur durch ihn verbessert werden können, und nur der Brauereiarbeiterverband wird Verbesserungen abwickeln können. Man kann das alles von den Vertretern anderer Verbände betreiben, aber das Gegenteil beweisen wird man nicht können.

Uebrigens, wenn man den Brauereiarbeiterverband als andere Organisation anerkennt, so kann man logischerweise nicht erwarten, als die in den Brauereien beschäftigten Arbeiter als in den Brauereiarbeiterverband gehörig zu betrachten. Aber natürlich müßte man Grund aus Wandel geschaffen werden und der Brauereiarbeiterverband müßte aufhören zu existieren. Ob die betreffenden Verbände für den Schaden einzustehen wollen, den die Brauereiarbeiter bestimmt dadurch erleiden werden, das ist eine andere Frage. Ich behaupte, sie sind hierzu gar nicht imstande, denn bis jetzt ist von jeder Seite wenig Entschuldigendes gesagt. Die Sorge um unsere Arbeitskollegen können sie sich alle sparen. Für sie wird für alle gleichmäßig gesorgt, ganz gleich, ob sie bei uns organisiert sind oder nicht, und es geschähe mir, daß ich mich angeschlossen, heißt leichter wird es sein. Wacker der in Betracht kommenden Verbände können sie wie so nicht beschuldigen für uns sein, denn sie haben uns in einem Punkte noch. Es wird uns der Arbeit lohnen, als alle anderen etwas weit sind als wir. Die Lösung liegt es doch in Bezug auf Lohn und Arbeitsverhältnis. Ferner, welcher Verband hat es verdient, die den Arbeitern durch die unglückliche Geschehnisse geschädigten Nachteile ihrer Mitglieder zu beheben? Ich erinnere hier an die Fortsetzung des Lohnes bei Krankheit, unglücklichen Abwesenheiten und so manches andere.

Die anderen Berufe haben in ihren Reihen noch mehr Zerstückelung als wir. In der im Wachstum sehr zurückgebliebenen Zwillingbrüder, der ungeratene Brauerbund, ist fast überall festgestellt und zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Wo aber stehen die Gelben ihre Triumphe? Da kann sich noch mancher Organisator die Sporen verdienen. Mögen sie in den Kampf gegen Indifferentismus, Verrat und Niedertracht ziehen, es ist des Schweißes der Ehlen wert, aber mögen sie davon ablassen, in unsere geschlossene Phalanx Verwirrung zu tragen. Wir haben uns soweit gebracht und werden uns auch weiter bringen. Der Streit wird nicht am grünen Tisch entschieden werden. Die Entscheidung werden die Brauereiarbeiter selbst in die Hand nehmen. Und ebenso wie die Kollegen jenseits des großen Reiches ähnliche Bestrebungen abgewiesen haben, werden auch die deutschen Brauereiarbeiter ihre Interessen zu wahren wissen. Darüber möge man sich keiner Täuschung hingeben. Wir werden mehr dem je es als unsere Aufgabe betrachten, die uns noch fernstehenden Kollegen für uns zu gewinnen. Nicht aus Eros, weil es einigen nicht gefällt, sondern weil es in unser aller Interesse liegt. Wir haben alle Hände voll zu tun, die kurze Zeit zu nützen, die uns bis zum Ablauf dieses Jahres noch verbleibt, um unsere Angelegenheiten in ein bestimmtes, einheitliches System zu bringen. Hierzu ist die Mitarbeit jedes einzelnen notwendig; das kann uns nur gelingen, wenn wir gemeinsame Sache machen.

Halten wir uns doch die Sache einmal vor Augen. Eine Handvoll aus Brauereien beschäftigter Handwerker verschiedener Berufe wollte sich für ihre Vorstände beantragen, in eine Lohnbewegung einzutreten! Große Organisationen würden dabei besser wegkommen, wenn sie das halbe Duzend gleich als Pensionäre übernehmen, als eine Lohnbewegung mit allem Drum und Dran für sie zu führen. Das wollen sie ja aber auch gar nicht; man will nur mit dabei gewesen sein. Aber am besten ist es noch immer und überall gegangen, wenn die Führung in den Händen des Brauereiarbeiterverbandes lag.

Wir können der Mithilfe der Gesamtarbeiterchaft am wenigsten entbehren, dafür ist es aber auch für die Arbeiterchaft am leichtesten, uns Hilfe zu gewähren. Wer es daher ehrlich und gut mit uns meint, der überlasse dem Brauereiarbeiterverband den Kampf vor dem Feind und halte sich bereit und tue seine Pflicht, wenn einmal der Landsturm aufgegeben werden muß. Die Kollegen aber, welche noch nicht organisiert oder in anderen Organisationen verprenzt sind, möchte ich ermahnen, sich die Sache einmal gründlich zu überlegen. Und wenn sie richtig zusehen, so werden sie auch finden und zugeben, daß die Verhältnisse in den Brauereien diejenigen in anderen Betrieben teilweise um verschiedene Klassenlagen voraus sind. Wer über seine Namensspitze hinwegsehen kann, wird das wohl auch schon gemerkt haben. Und wer es noch nicht wissen sollte, dem sage ich es immer wieder: „Die Verhältnisse, wie sie jetzt bestehen, sind durch den Brauereiarbeiterverband geschaffen und werden durch ihn hochgehalten und nur durch ihn verbessert werden können.“ Wer nun von den uns noch fernstehenden die Empfindung hat, daß er durch die Zugehörigkeit zu dieser Vorliebe dem Brauereiarbeiterverband gegenüber ein Schuldbüro auf sich geladen hat, der kann es mir begleichen, indem er sich in den Brauereiarbeiterverband ein- oder überschreiben läßt. Alle anderen Beteuerungen sind wertlos. Ich glaube, wenn man in dieser Weise auf Arbeitskollegen einwirkt, so wird der Erfolg nicht ausbleiben. Wer hierin unglücklicher Wettbewerb erblickt, dem ist eben nicht mehr zu helfen. Der sollte sich so schnell wie möglich von seinem Grenzschärferposten zurückziehen. Mit der nachstehenden Einsicht werden auch die Grenzschärfer teilweise verschwinden. Frage jeder in diesem Sinne sein Teil dazu bei, daß diese unermesslichen Reibereien an Boden verlieren. Sie gereichen der Arbeiterchaft wahrlich nicht zur Ehre, wohl aber zum Schaden. Lernen wir von unseren Arbeitgebern. Bei denen finden wir ein solches Geiz nicht. Die wissen, daß sie zusammengehören, also schließen auch wir uns zusammen.

### Bewegung im Berufe.

#### Lohnbewegungen. — Tarifverträge. — Differenzen.

† Zugung ist fernzuhalten nach Siebrich a. Rh., Marktredwitz, Freibrug l. Br., Niesel G. Freibrug, Bruchsal (Malzfabrik), Warthausen b. Sibirach (Malzfabrik) und Murnau in Bayern (Brauereien).

#### Brauereien.

† Augsburg. Unter der Brauereiarbeiterchaft Augsburg fängt es endlich zu tagen an. Wie ein Lichtstrahl greift der Organisationsgedanke um sich und das Interesse für den Brauereiarbeiterverband wächst mit jedem Tage. — Während in anderen Städten nach einem verlorenen Kampfe die Besten treu zu ihrer Fahne hielten und rauh und geschlossen sich wieder sammeln, brachten die Brauereiarbeiter Augsburg annähernd zwei Jahre, um sich ihrer Pflicht bewußt zu werden. Die wenigen Aufrechten hatten gegenüber den indifferenzen Kollegen einen schweren Stand, und oft schien es, als ob die Organisation schier erdrückt würde.

Die Lage der Brauereiarbeiter Augsburgs ist seit der tariflosen Zeit geradezu als traurige zu bezeichnen. Die lange Arbeitszeit, der lange Lohn und die Verteuerung aller Nahrungsmittel sind der deutliche Beweis, daß in Augsburgs Brauereien kein Brauereiarbeiter auf Rosen gearbeitet ist. Allen willkürlichen Maßnahmen einzelner Unternehmer war der Arbeiter schutzlos preisgegeben, ohne Organisation keine Rechte, keinen Verteidiger. Es ist ein Wunder, daß die Unzufriedenheit sich so wenig in Versammlungen bemerkbar machte. Vielleicht fand sie im Familienleben ihren Ausbruch?

Die Frucht stiefziger Agitationsarbeit der letzten Wochen war eine gut besuchte öffentliche Versammlung, in welcher Hauptvorsitzender Kollege Egel-Berlin referierte und Stellung zu einer Lohnbewegung genommen wurde. Kollege Egel beleuchtete die traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Augsburg, verwies auf die Zustände vor dem Kampfe 1907 und insbesondere auf jene Städte, die ohne Kampf keinen Sieg erfochten hätten. Die Stärke einer Organisation liege in der Ausdauer der Erfolge. Ohne Organisation kein Tarif, dieser Satz habe sich in Augsburg bitter bewahrheitet. Ferner kam auf die Steuerpolitik in Reich und Staat zu sprechen, deren Folgen auch für die Brauereiarbeiter neue Lasten zeitigen. Durch das neue bayerische Malzsteuergesetz befinden sich die Brauereiarbeiter in einer schwierigen Situation und laufe nur eine geschlossene Organisation Schutz und Stütze gewähren. Durch die kommende Bierpreissteigerung werde naturgemäß der Bierkonsum bedeutend eingeschränkt werden und in diesem Falle hätten die Brauereiarbeiter in erster Linie die Pöbe zu zahlen. Ferner bedauerte nur den ausgearbeiteten Tarif, bedauerte, daß bei einem guten Willen und dem nötigen Nachdruck der Arbeiter ein Tarifabschluß möglich sei und richtete an alle Anwesenden den warmen Appell, ihren zur Organisation zu helfen und für deren Ausbau teilhaftig mitzuarbeiten. Der Tarifabschluß wurde einstimmig angenommen und Schloß Vorstandsler Blum hierauf mit einem kräftigen Appell die Versammlung.

† Berlin. Zur Tarifbewegung. Am Sonntag, den 3. April, fand wieder eine Versammlung der Arbeiter in den Brauereien, Maschinenbau und Bierbrauereien im Feenpark statt, um den Bericht der Kommission über den Stand der Lohnbewegung entgegenzunehmen. Der Diskurs war so kurz, daß der Saal wieder überfüllt wurde, mehr als 5000 Personen füllten Saal und Galerie. Nach dem Bericht, den Kollege Kröger erstattete, sei es trotz des Erfolgs, mit welchem die Lohnkommission arbeitete, zu Verhandlungen über den Tarif jetzt noch nicht gekommen. Der Bericht der Kommission erklärte den eingereichten Tarifentwurf für unzulänglich, weil die Forderungen zu hoch seien, und verlangten Verhandlungen auf Grund des alten Vertrages. Die Lohnkommission bestand darauf, auf Grund des eingereichten Entwurfs zu verhandeln. Das habe zu langen Korrespondenzen geführt. Schließ-

lich sei der Verein der Brauereien mit dem Verlangen hervor getreten, auch den gelben Bund zu den Verhandlungen zuzuziehen, der auch einen Tarifentwurf eingereicht habe. Die endgültige Entscheidung darüber überließ die Lohnkommission der Versammlung, der sie eine Resolution einer Vertrauensmännerung unterbreitete, die besagt, daß die Versammlung nach wie vor auf dem Standpunkte stehe, daß der Bund eine gelbe Organisation und nicht verhandlungsfähig ist, gegen seine Teilnahme aber nichts einzuwenden, um die Verhandlungen nicht aufzuhalten; ferner verlangt die Versammlung, daß die Verhandlungen auf Grund der eingereichten Tarifvorlage stattfinden und erwartet, daß die Unternehmer den Forderungen zustimmen. Bittere Wahrheiten wurden den in erheblicher Zahl anwesenden Mitgliedern des gelben Bundes gesagt, die hoffentlich die nötige Sehne und die Erkenntnis mitgenommen haben, wie tief ihre Organisation in der Achse der Arbeiterschaft steht; und wenn sie dann noch Ehrgefühl genug besitzen, werden sie wissen, was sie zu tun haben, sonst könnte es auch mal anders kommen. Die Resolution wurde schließlich gegen wenige Stimmen angenommen und die Versammlung mit einer Aufforderung des Vorsitzenden zum festen Zusammenhalt und zu eifriger Organisationsarbeit geschlossen.

† Bielefeld. Tarifvertrag. Die Lohnbewegung in der Brauerei Bielefeld, Bielefelder Brauerei Altkorn u. Guber, ist mit Erfolg beendet. Hatte es zuerst den Anschein, als ob es zu ernstlichen Differenzen kommen sollte, zumal die Eingabe des Syndikus der Norddeutschen Brauereivereinigungs, Rechtsanwalt Schmid, zu den Verhandlungen von den Arbeitern sehr mißtrauisch aufgenommen wurde, so wurde doch durch beiderseitiges Entgegenkommen ein für die Arbeiter zufriedenstellendes Resultat erzielt. Die tägliche Arbeitszeit wurde für das Winterhalbjahr um eine halbe Stunde verkürzt, sie beträgt im Sommer 9½, im Winter 8 Stunden. Ueberstunden werden an Wochentagen für Brauer, Böttcher, Handwerker, Maschinenisten, Geizer, Bierfahrer und Hilfsarbeiter vor 8 Uhr abends mit 60 Pf., nach 8 Uhr abends mit 70 Pf., für Flaschenbierarbeiter mit 40 resp. 50 Pf. vergütet. An Sonn- und Festtagen zu leistende Arbeit wird erstens mit 70 Pf., letzteren mit 50 Pf. vergütet. Die Bierfahrer, welche nach 5 Uhr nachmittags noch Extratouren fahren müssen, bekommen für die Zeit nach 5½ Uhr Ueberstundenvergütung. Jede angefangene Ueberstunde muß als voll bezahlt werden. Der Wochenlohn erhöht sich im Anfangslohn für Brauer, Böttcher und Flaschenbierarbeiter um 1 Mk., für Hilfsarbeiter, Bierfahrer, Handwerker, Maschinenisten, Geizer um 2 Mk., im Höchstlohn für Flaschenbierfahrer um 3 Mk., für die übrigen Kategorien um 2 Mk. Die Steigerung erfolgt jährlich um 1 Mk. Am 1. April erhöhen sich sämtliche Löhne um 1 Mk., wer damit den Einstellungslohn nicht erreicht, erhält diesen. Als Höchstlohn nach dem jetzigen Tarif sind vorgesehen: Brauer, Böttcher 33 Mk., Handwerker, Maschinenisten, Geizer, Bierfahrer 31 Mk., Flaschenbierfahrer, Hilfsarbeiter, Nachwächler, Portier 29 Mk., Jugendliche 20 Mk. Urlaub wird nach dem Dienstalter 3, 5 und 7 Tage jährlich ohne Lohnabzug gewährt. Der Arbeitsnachweis bleibt bestehen. Alle anderen Punkte wurden in der eingereichten Form akzeptiert.

Dieser Tarifvertrag bedeutet einen guten Schritt vorwärts. Daß wir unser Hauptgewicht mit auf die Arbeitszeitverkürzung legen müssen, hat uns das vergangene halbe Jahr zur Genüge gezeigt. In einzelnen Brauereien wurde doch mit Einführung der Feuerstätten geradezu Schindluder getrieben, und es kam dadurch sehr häufig zu ernstlichen Differenzen; hoffentlich wird durch die Arbeitszeitverkürzung diesem Uebelstand abgeholfen. Es gibt noch eine Reihe von Arbeitern in einzelnen Bierneidern, die sich bis heute noch nicht entschließen konnten, dem Verbands beizutreten, trotzdem ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen sehr verbesserungsbedürftig sind. Vorstehendes dürfte ihnen zur Genüge zeigen, was durch eine gute Organisation zu erreichen ist. Damit die Tarifverträge auf alle diese Geschäfte ausgedehnt werden können, ist es erforderlich, daß sich alle dort beschäftigten Arbeiter dem Brauereiarbeiterverband anschließen.

† Oelmühle. Streit. Schon verschiedentlich erfolgten grundlose Entlassungen in der Wilhelmshafenener Mühle h a u e r e i. Kürzlich wurde wieder ein Kollege, der 11 Jahre im Betrieb tätig war, aus nichtigen Gründen entlassen. Verhandlungen am 30. März sämtliche Arbeiter des Betriebes die Arbeit nieder. Nach eintägigem Streik wurde der Entlassene wieder eingestellt und die Arbeit aufgenommen.

† Kiel. Streit. Am Sonnabend, den 19. März, legte, mit Ausnahme der Böttcher, das gesamte Personal des „Nieler Brauhaus“ wegen Differenzen die Arbeit nieder. Nachdem Verhandlungen eingeleitet waren und ein günstiges Resultat erzielt war, wurde die Arbeit nach vierstündigem Streik wieder aufgenommen. Die drei organisierten Böttcher haben während des Streiks fast gewöhnt, also die Arbeit der Brauereiarbeiter verrichtet.

† Murnau. Streit. In den Brauereien in Murnau hat der Brauereiarbeiterverband schon 1908 und 1910 wieder einen neuen Tarifvertrag eingereicht. 1908 wurden die Brauereiarbeiter mit leeren Versprechungen abgepeist. In zwei Brauereien gibt es noch die Kost, nicht selten übertriebenes Fleisch. Wenn ein Bauer oder Wirt ein solches Stück Vieh schlachten muß, kaufen es die Brauereibesitzer für das Personal. Was die Gäste übrig lassen, erhalten die Arbeiter. Röhne werden bezahlt pro Woche 8—12 Mk., ohne Kost 76—80 Mk. monatlich oder 20—21 Mk. wöchentlich. Dabei ist die Arbeitszeit 11—12 Stunden und die Sonntagsarbeit bis mittags 11 Uhr.

Die Unternehmer in Murnau haben ihre Organisation, den Kreisverband oberbayerischer Landbrauereien. Die Organisation der Arbeiter wollen sie jedoch nicht anerkennen und auch mit ihr nicht unterhandeln; zu diesem Zwecke preisen sie auch auf ihren Schindluder und erklären, sie machen, was sie wollen. Unter diesen Umständen blieb nichts anderes übrig als der Streit. Die Unternehmer sind daran, den Bierpreis zu erhöhen; den Arbeitern sprechen sie die Berechtigung, Verbesserungen zu fordern, ab. Am Geldbeutel müssen die Dickschädel kuriert werden.

Zugung nach Murnau ist fernzuhalten!  
† Murnau. Tarifvertrag. Die Lohnbewegung in der Brauerei Volbracht ist beendet. Es wurde ein Tarifvertrag auf ein Jahr abgeschlossen; die Arbeitszeit wurde täglich um eine halbe Stunde verkürzt, von 10½ auf 10 Stunden. Die Löhne wurden durchschnittlich um 1,20 bis 1,50 Mk. pro Woche erhöht. Ebenso wurde eine höhere Bezahlung der Ueberstunden erzielt. Alle sonstigen in unseren Tarifverträgen üblichen Punkte wurden mit unbedenklichen Abänderungen akzeptiert.

Andere Kollegen haben hoffentlich aus der Lohnbewegung gelernt. Es gilt nun, die Organisation auszubauen, um bei der nächstjährigen Lohnbewegung etwas mehr zu erreichen; auch der letzte Arbeiter muß sich der Organisation anschließen. In der Umgebung ist dies die einzige Brauerei, die mit uns im Tarifverhältnis steht. Das müssen die Kollegen um so mehr beachten, einmal man uns in Rindeln und Bibbende in Bezug auf die Organisation der Kollegen die größten Schwierigkeiten bereitet.

### Korrespondenzen.

Altenburg. Die Versammlung am 12. März beschloß betr. Delegierten zum Verbandstag einen solchen mit der Zahlstelle Gera gemeinsam aufzustellen und wurde Kollege Hippich in Vorschlag gebracht. Ein Antrag der Zahlstelle Sonneberg wegen Anstellung eines Beamten für Thüringen wurde einstimmig abgelehnt.

Gera. In der Versammlung am 13. März referierte Genosse Rüb. Brechtneider-Reichenbach über: „Frauensub“. In der Hand reichlichen Materials wies derselbe nach, was der Kapitalismus in verschiedenen Branchen die Frauarbeit als billige und willige Arbeitskraft der männlichen Vorseht und so Zustände schafft, die ein geordnetes Familienleben in weiten Kreisen zur Unmöglichkeit machen. Anschließend gab Kollege Rüb den Kar-

teilerbericht. Als Delegierter zum Verbandstag wird Kollege Ripp...

gegen. Die Versammlung am 20. März war nur mäßig be-

Kaiserslautern. In einer öffentlichen Brauereiarbeiter-

Kollegen, Brauereiarbeiter Kaiserslauterns! Es ist durch Eure

Lebhafter Beifall begleitete das Referat und die Schluss-

Die Langenberger Brauereiarbeiter mußten sich nun erst recht

Neumünster. Am 20. März fand unsere Mitglieder-

der Kartellbericht gegeben und sonstige Fragen besprochen, forderte

Nachst. Unsere Versammlung am 16. März nahm den Bericht

Rundschau.

Reichsgerichtsentcheidung über Geldbuße im Wahlortshver-

In Sachen des Wahlortshverbands deutscher

Die Brauerei S. ist Mitglied des Versicherungsvereins. Der

Hierzu führte der 7. Zivilsenat des Reichsgerichts aus:

Obwohl die besagte Brauerei den Einwand der Unzulässigkeit

Da auch die übrigen Angriffe der Revision erfolglos waren, so

Städtische Arbeitslosenversicherungen in Deutschland.

Die sieben erschienenen Nummern des Reichs-Arbeitsblattes

Weiter haben erst sehr wenige Städte eine Arbeitslosenver-

Die Versicherung in Köln hat 1957 Versicherte. Der Versiche-

Zum Vergleich mit den Zahlen in Köln müssen wir uns aber

Der Grund für diesen Unterschied liegt darin, daß die Ver-

Auf der anderen Seite freilich ist bei der Versicherung in

In Köln waren nicht ganz 1/2 der Versicherten gelehrte Ar-

Der Stadt Straßburg kommt die Arbeitslosenversicherung viel

Die Vorzüge des Genet Systems, leichte Kontrolle von Grund

In Erlangen ist die Versicherung ausdrücklich auf gelehrte

Die Erfahrungen in Köln sind weniger ermutigend. Anders

Eine interessante Statistik über das kranke Kapital aus dem

